



Antrag

der Abgeordneten **Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Daniel Halemba** und **Fraktion (AfD)**

Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern – günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anzahl und Kapazität von Asylunterkünften im Freistaat schrittweise zu reduzieren. Es sind bevorzugt Standorte außerhalb von Wohngebieten und in größerem Abstand zur bestehenden Wohnbevölkerung zu wählen, um etwaige soziale Konflikte zu minimieren und die Anwohner zu entlasten.

Die Nutzung leerstehender Immobilien und zusätzlicher Wohnbauflächen für Asylunterkünfte ist künftig auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Bezahlbarer und geförderter Wohnraum muss an erster Stelle den deutschen Staatsbürgern zur Verfügung gestellt werden.

Die Finanzierung neuer Asylunterkünfte aus Landesmitteln ist einzustellen. Mittel für Wohnraumschaffung sind vorrangig an deutsche Staatsbürger zu vergeben.

Begründung:

In seiner ersten Regierungserklärung hat Bundeskanzler Friedrich Merz den härteren Kurs in der Asylpolitik verteidigt. Die enorm angestiegene Zahl an Asylbewerbern und der damit verbundene Aus- und Neubau von Unterkünften belasten Bayerns Kommunen sowie den sozialen Zusammenhalt und die Sicherheit vor Ort. Eine dauerhafte Versorgung abgelehnter oder ausreisepflichtiger Asylbewerber mit Wohnraum ist nicht zu rechtfertigen. Die bayerischen Städte und Gemeinden sind bei der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für die einheimische Bevölkerung zunehmend überfordert. Die Landespolitik steht in der Verantwortung, bayerische Bürger und Kommunen zu entlasten, die Rückführung konsequent umzusetzen sowie den Bau und Betrieb weiterer Asylunterkünfte zu reduzieren.